

**FDP zum Beschluss des Verwaltungsausschusses in Sachen Straßenprostitution im Südbezirk:
"An Schmitz-Backes noch nicht vorbei!"**

Nachdem der Verwaltungsausschuss am Donnerstag - entsprechend dem FDP-Antrag - die Verwaltung beauftragt hat, erneut bei der Bezirksregierung einen unbefristeten Sperrbezirk zu beantragen, warnt die FDP "vor zu großer Euphorie".

Es komme nun darauf an, dass der Antrag von der Verwaltung so begründet würde, dass auch für die Bezirksregierung "ein neuer Sachverhalt" gegeben sei, der eine Änderung ihrer bisherigen Haltung rechtfertige.

"Wir sind längst noch nicht an Schmitz-Backes vorbei. Es muss detailliert dargelegt werden, dass sich die Ausübung der Straßenprostitution von der Ritter- bzw. Neue Ritterstraße in die angrenzenden Wohngebiete verlagert hat. Nur dann wird es für die Bezirksregierung nachvollziehbar sein, dass unter dem Gesichtspunkt des Jugendschutzes und des öffentlichen Anstandes gehandelt werden muss", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

Die FDP spricht sich deswegen dafür aus, dass die Verwaltung bei der Formulierung ihres Antrages an die Bezirksregierung in einen intensiven Informationsaustausch mit der Anwohnerschaft eintritt und sich nicht auf pauschale Angaben des kommunalen Ordnungsdienstes und der Polizei beschränkt.